



Nachhaltig Wirtschaften: Lebenschancen sichern!

Impulspapier

Die Soziale Marktwirtschaft prägt die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Deutschlands und bildet die Basis für Wohlstand, sozialen Frieden und ökologischen Fortschritt. Der Staat erfüllt ordnungspolitische Aufgaben und gestaltet die Rahmenbedingungen für Unternehmertum und private Initiativen. In den letzten Jahrzehnten wurden jedoch auch die sozialen und ökologischen Grenzen des bisherigen Wirtschaftens deutlich. Wohlstand und Lebensqualität für alle kann langfristig nur gefördert werden, wenn wir unser alltägliches Handeln und Wirtschaften konsequent am Prinzip der Nachhaltigkeit ausrichten. Eine nachhaltige Entwicklung, die soziale Verbesserungen und wirtschaftlichen Fortschritt innerhalb der planetaren Grenzen ermöglicht, sichert die Lebenschancen für heutige und auch zukünftige Generationen. Das erfordert, Wohlstand und Lebensqualität vom Umweltverbrauch zu entkoppeln und diesen absolut zu reduzieren.

Soziale und ökologische Marktwirtschaft stärken

Mit der Abschlusserklärung zum diesjährigen G7-Gipfel in Elmau haben die führenden Industrienationen ihre Entschlossenheit bekräftigt, die Welt langfristig auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad zu bringen. Sie erkennen dabei eines ausdrücklich an: ein besseres Leben für alle Menschen muss wirtschaftliche Entwicklung mit Klimaschutz und der gleichberechtigten Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder vereinen.

Eine soziale und ökologische Marktwirtschaft bietet einen guten Rahmen, um die Nachhaltigkeitsdimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales in Einklang zu bringen. Dazu muss ernsthaft diskutiert werden, wie die sogenannten externen Kosten, die beispielsweise beim Abbau von fossilen Energieträgern und Rohstoffen entstehen, oder mögliche Umweltwirkungen global und sozialverträglich „einzupreisen“ sind. Eine nachhaltige Politik muss sich dieser wichtigen Gestaltungsaufgabe stellen. Durch entsprechende Preissignale werden Innovationen befördert und zugleich ein sparsamer und effizienter Umgang mit knappen Ressourcen gefördert. Mit geeigneten Vorgaben in der Produktgestaltung können Herstellungskosten bereits im Vorfeld kalkuliert und gleichzeitig auch die ökologischen Auswirkungen vorbestimmt werden. Produkte sollten generell bei optimaler Funktion ein Minimum an Ressourcen und Energie benötigen. Die staatliche Förderung von Landwirtschaft sollte daher eine möglichst umwelt- und ressourcenschonende Produktion von Lebensmitteln unterstützen.

Auf internationaler Ebene benötigen wir einen Ordnungsrahmen, der die Chancen des freien Handels nutzt und zugleich fairen Handel sicherstellt, indem die Einhaltung von Menschenrechten und guten Arbeitsbedingungen weltweit gewährleistet und – wie im Rahmen der G7 betont – ein gerechtes und modernes internationales Steuersystem geschaffen wird. Deutschland kann und sollte hier eine Vorreiterrolle einnehmen.



Energie und Klimaschutz

Beim Ausbau einer nachhaltigen Energieversorgung ist Deutschland Vorreiter. Ziel muss es sein, die Energieerzeugung annähernd kohlenstoffdioxidfrei zu gestalten. Die Energiewende und die Dekarbonisierung der Energieversorgung können nur mit nachhaltigen Technologien gelingen, beispielsweise Speichertechnologien, Techniken zum Energiesparen und intelligenten Stromnetzen. Zudem sind die Bereiche Strom, Wärme und Verkehr enger miteinander zu verzahnen. Deutschland sollte insgesamt seine führende Rolle im Bereich der Umwelttechnologien weiter ausbauen. Dies gelingt am Besten in einem Rahmen der auf Innovationen setzt und Subventionen konsequent abbaut. Die Problemlösungsangebote deutscher Umweltunternehmen gelten als technologisch innovativ und zuverlässig und sind auch im Ausland gefragt. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Anerkennung und Förderung wichtiger Innovationsleistungen, zum Beispiel durch die Verleihung des Deutschen Umweltpreises der „Deutschen Bundesstiftung Umwelt“ oder die Vergabe des Deutschen Nachhaltigkeitspreises durch die gleichnamige Stiftung.

Darüber hinaus sprechen sich die Mitglieder des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE) für eine Stärkung des Emissionshandels als ein wichtiges Element europäischer Klimapolitik aus, indem Zertifikate vom Markt genommen werden. Mit den beiden Reformen des „Backloading“ sowie der Einführung der „Marktstabilitätsreserve“ sind wichtige Schritte getan, um den Überschuss von CO₂-Zertifikaten zu verringern. Für die vierte Handelsphase, die ab 2020 beginnt, ist eine strukturelle Reform des Emissionshandels unabdingbar. Neben einer deutlichen Reduktion der jährlichen Emissionsobergrenzen ist auch die Einbeziehung weiterer Verursachergruppen notwendig. Dabei sollten die Kosten so verteilt werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit hocheffizienter Betriebe, die im internationalen Wettbewerb stehen, nicht gefährdet wird. Die PBnE-Mitglieder fordern die Bundesregierung daher auf, sich für eine ambitionierte Reform des Emissionshandels basierend auf marktwirtschaftlichen Mechanismen einzusetzen, sowie für ehrgeizige EU-Klimaziele. Mittel- bis langfristig muss ein globaler CO₂-Handel das Ziel sein.

Soziale Leitplanken

Langfristigen wirtschaftlichen Erfolg wird es nur in einer intakten Umwelt geben. Ebenso kann die Umwelt nur effektiv geschützt werden, wenn die Menschen nicht um ihre wirtschaftliche Existenz und soziale Sicherheit kämpfen müssen. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Deshalb muss eine ökologische sowie wettbewerbliche Wirtschaftsweise gefördert und gleichermaßen die Herausforderungen in der Arbeitswelt sozial und arbeitsrechtlich flankiert werden. Denn die Erwerbsarbeit ist ein Kernbereich unserer Gesellschaft und ebenso Grundlage für individuelle Lebensentwürfe und soziale Existenzsicherung.

Auf dem Arbeitsmarkt existiert in weiten Teilen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Tarifpartnern. Sie schafft die Rahmenbedingungen für gute und tariflich entlohnte Arbeit sowie sichere Arbeitsplätze, welche den Beschäftigten eine vorausschauende Lebens- und Familienplanung ermöglichen. Gleichzeitig sind gesunde Arbeitsbedingungen und Schutz vor Entgrenzung notwendig. Die betriebliche Mitbestimmung in den Unternehmen ist ein wichtiger Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft, denn sie bereichert die demokratische Kultur unseres Landes und sorgt für ein gutes Betriebsklima.



Eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht zudem solidarische und gut funktionierende Sozialversicherungssysteme. Alle Menschen müssen sozial abgesichert sein. Altersarmut muss verhindert und eine menschenwürdige Pflege im Alter garantiert werden. Vor allem darf sich eine Gesellschaft keine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit leisten. Wir müssen auch in Deutschland noch mehr tun, um allen Menschen Zugang zum Arbeitsmarkt zu geben.

Vorbildfunktion der öffentlichen Hand

Die öffentliche Hand muss beim nachhaltigen Wirtschaften mit gutem Beispiel vorangehen. Die PBnE-Mitglieder verweisen dabei auf die anstehende Reform des Vergaberechts (EU-Richtlinie 2014/24/EU) und die damit verbundene Chance, zukünftig ambitionierte Nachhaltigkeitskriterien bei Ausschreibungen einzufordern bei einer gleichzeitig verbesserten Rechtssicherheit für öffentliche Auftraggeber. Der Beirat erwartet von der Bundesregierung, diese große Chance ganzheitlich zu nutzen.

Der PBnE fordert die Bundesregierung auf, sich für eine verstärkte Anwendung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) bei öffentlichen Unternehmen einzusetzen. Der vom Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) erarbeitete Kodex baut auf internationalen Standards auf, ermöglicht den Vergleich zwischen verschiedenen Organisationsarten und richtet sich dabei explizit auch an Unternehmen in öffentlicher Hand. Nach wie vor wenden nur sieben von über hundert Unternehmen mit einer unmittelbaren Bundesbeteiligung den DNK an (Beteiligungsbericht 2014). Dabei muss insbesondere die öffentliche Hand Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Ein juristisches Gutachten¹ hat zudem gezeigt, dass der DNK auch die inhaltlichen Anforderungen an die nichtfinanzielle Berichterstattung, wie sie die EU ab dem Geschäftsjahr 2017 fordert, vollständig erfüllt (EU-Richtlinie 2014/95/EU). Die Richtlinie, die derzeit in nationales Recht umgesetzt wird, sieht vor, dass Unternehmen über Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte, Bekämpfung von Korruption und Bestechung sowie Diversität berichten. Der PBnE spricht sich für eine ambitionierte und gleichzeitig möglichst unbürokratische Umsetzung der EU-Richtlinie aus.

Regionales Wirtschaften – Kreislaufwirtschaft ausbauen

Nachhaltiges Wirtschaften sollte vor Ort beginnen. Besonders inhabergeführte Mittelständler und Familienunternehmen denken in Generationen und nicht nur in Quartalszahlen. Der PBnE spricht sich für die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten aus, da sie die Wirtschaftskraft einer Region stärken können. Sie können dazu beitragen, ökologische Leistungen vor Ort, beispielsweise durch eine standortgerechte Landwirtschaft, ausreichend zu entlohnen. Diese umfassen unter anderem Zulieferer, Produzenten, Transport, Handel, Dienstleister und Ausbildungseinrichtungen.

Die Verringerung des Rohstoffs- und Materialverbrauchs ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit und birgt gleichzeitig große Chancen für Unternehmen. Letztere können durch Leichtbau und Miniaturisierung bereits im Produktdesign noch effizienter mit knappen Ressourcen umgehen. Die Abfallvermeidung muss dabei noch stärker in den Vordergrund gerückt

¹ [Gutachterliche Stellungnahme](#) von Herrn Andreas Hecker „Untersuchung zur Umsetzung der „CSR-Richtlinie“ in Deutschland unter Berücksichtigung der Initiative „Deutscher Nachhaltigkeitskodex“



werden und ein Produkt immer über seinen gesamten Lebenszyklus betrachtet werden. Solche Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz wirken sich positiv auf die Versorgungssicherheit und die Reduktion des Rohstoffverbrauchs aus. Zudem begrenzt eine Effizienzsteigerung Umweltbelastungen, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und sichert dadurch auch Arbeitsplätze.

Der PBnE begrüßt daher das Ziel der Bundesregierung, die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität in Deutschland bis zum Jahr 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln. Zur Steigerung der Rohstoffproduktivität unterstützt der PBnE auch das Ziel des RNE einer 100-prozentigen Kreislaufwirtschaft. So können mit günstigen Auswirkungen auf die Wettbewerbssituation vieler Unternehmen mehr Wertstoffe wiederverwertet, heimische Sekundärrohstoffe gewonnen und Reststoffe umweltgerecht entsorgt werden. Dadurch kommen wir dem Ziel einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch deutlich näher.

Share-Economy gestalten

Die gemeinschaftliche Nutzung von Produkten, Dienstleistungen, Räumlichkeiten oder Wissen hat betriebswirtschaftliche Vorteile und wird heutzutage in vielen Bereichen praktiziert. Die Spannweite reicht vom Verleihen kaum genutzter Haushaltsgeräte bis hin zur gemeinsamen Nutzung teurer Maschinenparks in der Landwirtschaft. Die Digitalisierung bietet in diesem Feld zunehmend Chancen für mehr Wettbewerb, Wertschöpfung und Nachhaltigkeit. Begrenzte Ressourcen können optimal von mehreren Menschen genutzt werden. Dadurch wird ein verantwortungsvoller Umgang mit Konsumgütern ermöglicht. Die PBnE-Mitglieder fordern die Bundesregierung auf, die notwendigen Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb zu schaffen. Dazu gehören Qualitätsstandards, Besteuerungs- und Haftungsfragen sowie der Schutz von Arbeitnehmerrechten und Arbeitsstandards.